Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2167**

15. Wahlperiode 10. 12. 2003

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas 1989/90 und die innerkoreanische Annäherung seit 2000 haben ein neues Kapitel in den deutsch-koreanischen Beziehungen begründet. Das wiedervereinigte Deutschland verfügt heute sowohl über diplomatische und freundschaftliche Beziehungen zur Republik Korea (Südkorea) als auch über im März 2001 aufgenommene diplomatische Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea). Das wiedervereinigte Deutschland begleitet eingedenk seiner eigenen Teilung und ihrer Überwindung den koreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme. Weil Deutschland und Europa ihre Teilung 1989/1990 friedlich überwinden konnten, unterstützen sie alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas und wollen einen aktiven Beitrag zu Frieden, Stabilität und Demokratie auf der koreanischen Halbinsel und in der gesamten Region leisten.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea durch den am 26. November 1883 in Chemulpo unterzeichneten ersten Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag leitete den Beginn der koreanisch-deutschen Zusammenarbeit ein. Aus den anfänglichen Handelsbeziehungen entwickelte sich bis heute ein umfangreiches, alle Bereiche der Staatenzusammenarbeit umfassendes Beziehungsgeflecht, das auch zur Vertiefung der menschlichen Beziehungen in beiden Völkern führte. Auf der koreanischen Halbinsel tätige deutsche Kaufleute wandten sich bald auch der koreanischen Sprache und Kultur zu. Deutsche Persönlichkeiten wurden mit einflussreichen Positionen am koreanischen Königshof betraut. Das Wirken deutscher Kaufleute, Wissenschaftler, Techniker und Ordensleute legte die Grundlage eines bis heute positiv geprägten Deutschlandbildes in Korea.

Die Teilung Deutschlands und Europas, aber auch die Teilung Koreas nach dem Zweiten Weltkrieg, die durch den Korea-Krieg zementiert wurde, leiteten eine neue Phase der deutsch-koreanischen Beziehungen ein. Die Haltung beider Staaten in Deutschland zu den beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel waren in der Zeit der Teilung Deutschlands und Europas jeweils eingebettet in die internationalen Ost-West-Beziehungen.

In beiden deutschen und beiden koreanischen Staaten entwickelte sich ein intensiver Personenaustausch. In den 60er Jahren prägten koreanische Bergleute und Krankenschwestern positiv das Bild Koreas in Westdeutschland. Viele Bürger Nordkoreas fanden in der damaligen DDR Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Zur Vertiefung der menschlichen Bindungen haben auch die deutsch-koreanischen Gesellschaften in beiden Ländern beigetragen.

Heute können wir eine besonders erfreuliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der Republik Korea feststellen: deutsche Unternehmen haben in Korea über 5 Mrd. Euro investiert, vor allem im Produktionssektor. Koreanische Unternehmen haben ihrerseits den Weg nach Deutschland, auch in die neuen Bundesländer, gefunden. Der Handel ist mit 10 Mrd. Euro hoch und fast ausgeglichen. Diese Entwicklung bedarf weiterer kontinuierlicher Anstrengungen. Die Deutsch-Koreanische Handelskammer in Seoul sowie der Deutsch-Koreanische Wirtschaftskreis in der Bundesrepublik Deutschland leisten hierzu einen entscheidenden Beitrag.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. den 120. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea zum Anlass zu nehmen, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu beiden koreanischen Staaten auch in der Zukunft weiter auszugestalten und dynamisch fortzuentwickeln;
2. die in der Gemeinsamen Erklärung Süd- und Nordkoreas vom 15. Juni 2000 niedergelegten politischen Annäherungsschritte weiterhin zu unterstützen;
3. die Bemühungen der Volksrepublik China durch die sog. Sechsergespräche in Peking, die unter Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan begonnen haben, auch im Rahmen der Europäischen Union mit dem Ziel zu unterstützen, Nordkorea zur Aufgabe seiner Atomwaffen-Ambitionen zu bewegen;
4. den Teilnehmern der sog. Sechsergespräche die guten Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa zu vermitteln und zur Überwindung der gegenwärtigen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel einen bereits in der Region diskutierten Prozess zu unterstützen, der nicht nur auf die unmittelbare Lösung des Nuklearproblems abzielt. Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Energiethemen, innergesellschaftlicher Wandel, Menschenrechte und ein breiter Dialog sowie ein Interessensausgleich sind ebenso wesentliche Ziele. Die Bundesrepublik Deutschland könnte so gemeinsam mit der Europäischen Union das regionale Bemühen um Sicherheit in Nordostasien dahin gehend unterstützen, dass die Demokratische Volksrepublik Korea ihre Nuklearwaffenambitionen aufgibt, internationale Kontrollen wieder zulässt und dafür mittel- bis langfristig international eingebunden wird, Sicherheitsgarantien erhält und mit effektiven Hilfsmaßnahmen zur Energieversorgung, zur Verbesserung der humanitären Lage ihrer Bevölkerung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ausgestattet wird, die dann langfristig auch in eine politische Öffnung des Landes mündet.

Der Deutsche Bundestag würdigt die Gründung des Deutsch-Koreanischen Forums im Jahr 2002 und dankt den Regierungen beider Länder, aber auch den beiden Staatsoberhäuptern für die ermutigende Unterstützung des Deutsch-Koreanischen Forums.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass Korea im Jahr 2005 Länderschwerpunkt der Frankfurter Buchmesse und der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin sein wird, und hofft, dass sich daraus wichtige neue Impulse für die deutsch-koreanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen ergeben, wobei beide koreanische Staaten in die Veranstaltungen eingebunden werden sollten.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea, die Überlegungen des Deutsch-Koreani-

schen Forums 2003 in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Handel, Umweltpolitik sowie Kultur und Bildung entsprechend einzubeziehen.

Der Deutsche Bundestag anerkennt die wichtige Beratungstätigkeit der politischen Stiftungen sowie die kulturelle Mittlertätigkeit des Goethe-Institutes auf der koreanischen Halbinsel, gerade auch im Hinblick auf den innerkoreanischen Annäherungsprozess. Er erwartet von der Bundesregierung eine entsprechende haushaltsmäßige Förderung sowohl der Tätigkeit der politischen Stiftungen und des Goethe-Institutes als auch der durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea gewachsenen Aufgaben des Auswärtigen Amts.

Der Deutsche Bundestag dankt den deutschen und internationalen Hilfsorganisationen, vor allem der Deutschen Welthungerhilfe und dem Deutschen Roten Kreuz, für ihren unverzichtbaren humanitären Beitrag zur Verbesserung der Versorgungslage der Menschen in der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, inwieweit anlässlich des 120. Jahrestages der deutsch-koreanischen Beziehungen durch geeignete Maßnahmen ein deutsch-koreanischer Jugendaustausch unter Einbeziehung beider koreanischer Staaten entwickelt werden kann und dem Deutschen Bundestag hierüber zu berichten.

Der Deutsche Bundestag schlägt wie schon mehrfach angeregt vor, unter der Gastgeberschaft des Deutschen Bundestages ein innerkoreanisches Parlamentariertreffen in Berlin durchzuführen, das der weiteren Vertrauensbildung und Annäherung beider koreanischer Staaten dienen soll.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Franz Müntefering und Fraktion
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333